



Stand der Informationstechnik
in der bayerischen Justiz
(Juli 2010)

I. Ordentliche Gerichtsbarkeit

Abschnitt I: Allgemeine Ausführungen zu den Rahmenbedingungen

In der ordentlichen Gerichtsbarkeit in Bayern mit derzeit etwa 14.000 Bediensteten sind einschließlich Sitzungssäle, dezentrale Schulungsräume und IT-Fortbildungszentrum in Pegnitz ca. 14.700 vernetzte IT-Arbeitsplätze eingerichtet, an denen die Mitarbeiter durch justizspezifische IT-Anwendungen in allen Bereichen unterstützt werden.

Alle Arbeitsplätze der Richter, Staatsanwälte, Rechtspfleger und der Service-Einheiten sind mit vernetzter PC-Technik sowie Zugang zu E-Mail und Internet ausgestattet. Sie haben Zugriff auf die juristischen Datenbanken beck-online, ibronline und die Datenbank "BAYERN-RECHT", die nicht nur die bayerischen Rechts- und Verwaltungsvorschriften, sondern auch den Zugang zu den wichtigsten Rechtsdatenbanken der juris GmbH umfasst. Im Bereich der Staatsanwälte und der Strafrichter besteht darüber hinaus die Möglichkeit des Zugriffs auf die Zentrale Vollzugsdatei, in der Personen- und Haftdaten aller Inhaftierten in bayerischen Justizvollzugsanstalten gespeichert sind.

Auf jedem PC ist neben IT-Fachverfahren auch Standardssoftware (z. B. Office-Paket) installiert. Durch die elektronische Verfügungstechnik wird den Richtern, Staatsanwälten und Rechtspflegern die Mitwirkung am automatischen Workflow der Betriebsabläufe ermöglicht.

Abschnitt II: Eingesetzte Verfahren, IT-Betrieb, IT-Betreuung

1. Integrierter IT-Einsatz bei Richtern, Rechtspflegern und Serviceeinheiten der Gerichte

Mit dem neuen IT-Fachverfahren forumSTAR verfolgt die Bayer. Justiz das Ziel, alle an der Bearbeitung eines Falles beteiligten Justizbediensteten durch die Bereitstellung eines elektronischen Mediums zu integrieren, um so Medienbrüche vermeiden und alle Arbeitsergebnisse möglichst effizient nutzen zu können. Durch die elektronische Verfügungstechnik wird den Richtern die Mitwirkung am automatischen Workflow der Betriebsabläufe ermöglicht. Die automatisierte Weiterverarbeitung erfolgt in den Serviceeinheiten unter Verwendung der richterlichen Entscheidungsdaten. forumSTAR ist derzeit in Bayern bei allen Familiengerichten und insgesamt bei fast 250 Gerichtsabteilungen mit über 4.500 Anwendern im Einsatz und soll bis 2013 landesweit bei allen Gerichten eingeführt werden.

Die Entwicklung der forumSTAR-Teilfachverfahren ist mit Ausnahme der Nachlasssachen abgeschlossen. Die Fachprogramme für Zivil-, Familien-, Straf-, Vormundschafts/Betreuungs- und Vollstreckungssachen (Mobiliar- und Immobilienvollstreckung sowie Insolvenzverfahren) sowie das integrierte Kostenprogramm und das Textsystem wurden abgenommen. Die Umsetzung der Nachlasssachen wurde in diesem Jahr wieder aufgenommen. forumSTAR-Familie ist in Bayern flächendeckend eingeführt. Die übrigen Teilfachverfahren befinden sich in der Regeleinführung. forumSTAR wird im Entwicklungsverbund zusammen mit Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz und Sachsen weiterentwickelt und gepflegt.

2. Portale

Für die gesetzlich vorgeschriebenen Veröffentlichungen über Kommunikations- und Informationssysteme im Internet werden das Registerportal der Länder, das Inso-Portal der Landesjustizverwaltungen sowie das ZVG-Portal zur Veröffentlichung der Zwangsversteigerungstermine auf Basis einer Verwaltungsvereinbarung mit der Landesjustizverwaltung Nordrhein-Westfalen genutzt. Daneben werden das Dolmetscher- und Übersetzerverzeichnis sowie

das Rechtsdienstleistungsregister über eine zentrale länderübergreifende Plattform gepflegt.

Für die online-Abrufe von Grundbüchern und Handels-, Genossenschafts- Partnerschafts- sowie Vereinsregister bestehen Landesportale.

Das Justizverwaltungsportal bietet sowohl den Gerichten wie auch den Staatsanwaltschaften wertvolle Unterstützung, speziell in den Verwaltungsabteilungen. Im Vordergrund stehen Statistikfunktionen einschließlich der PEBB§Y-Auswertungen, aber auch das Zeitmanagement, Gerichtsvollzieherabrechnungen und vieles mehr werden über dieses justizinterne Portal wirkungsvoll unterstützt.

3. **Automatisiertes gerichtliches Mahnverfahren (AUGEMA)**

In Bayern werden beim Zentralen Mahngericht Coburg sämtliche Mahnverfahren – im Jahre 2009 waren es über 863.000 – mit Hilfe des Fachverfahrens AUGEMA maschinell bearbeitet. Ca. 15 % der Anträge werden im Datenträgeraustauschverfahren abgewickelt, im Jahre 2006 wurden so noch ca. 63 % aller Mahnanträge übersandt. Die Quote der auf Papierformular eingehenden Anträge ist von 37 % im Jahr 2004 auf inzwischen etwas über 8 % gesunken; hingegen steigt der Anteil der über die Internet-Anwendung "Online-Mahn-antrag" (s. u.) erstellten Anträge auf normalem Papier mit Barcode kontinuierlich und liegt derzeit bei ca. 20 %.

Der Anteil der über Online-Verfahren eingereichten Anträge beträgt mittlerweile ca. 55 % (2006: unter 4%). Das Zentrale Mahngericht Coburg stellt alle insoweit bestehenden Verfahren zur Verfügung, nämlich

- die Verfahren TARWEB und EGVP, mit denen aus professioneller Mahnsoftware erzeugte elektronische Antragsdaten digital signiert über das Internet an das Zentrale Mahngericht übersandt und auch Rückmeldungen des Zentralen Mahngerichts online für eine elektronische Weiterverarbeitung durch den Antragsteller bereitgestellt werden;

- das Verfahren Online-Mahnantrag, das es Gläubigern ohne eigene Mahnsoftware ermöglicht, im Internet ein interaktives Mahnantragsformular auszufüllen und - verschlüsselt und mit einer qualifizierten digitalen Signatur versehen – online über Internet an das Zentrale Mahngericht zu übermitteln. Die gleiche Internet-Oberfläche ermöglicht - ohne Erfordernis einer digitalen Signatur - die bereits erwähnte Erstellung von Anträgen auf normalem Papier mit Barcode.

4. **Elektronisches Grundbuch SolumSTAR**

Das Grundbuch wird in Bayern (insgesamt 5,5 Millionen Grundbuchblätter mit etwa 60 Millionen Seiten) landesweit vollständig elektronisch geführt. Papiergrundbücher bestehen seither nicht mehr. Dem Verfahren "Elektronische Vollzugsmitteilung" haben sich bereits mehr als 150 Notare angeschlossen. Das Verfahren hat sich in der Pilotierung bewährt. Deshalb bevorzugen immer mehr Notare die elektronische Kommunikation und erhalten auf diese Weise rascher die Mitteilung über die erfolgten beantragten Grundbucheintragungen als im herkömmlichen papiergebundenen Verfahren. Das Online-Abrufverfahren nutzen rund 2.500 Teilnehmer. Jährlich werden hierbei etwa 2,7 Mio. Abrufe verzeichnet.

5. **Elektronisches Handelsregister RegisSTAR**

Das elektronisch geführte Handelsregister (RegisSTAR) ist in den 23 bayerischen Registergerichten eingeführt. Zum 1. Januar 2007 wurde bei den Registergerichten ferner der elektronische Rechtsverkehr eingeführt. Anmeldungen zum Handels- und Genossenschaftsregister samt den damit verbundenen Dokumenten sind ausschließlich über die virtuelle Poststelle Bayern mit dem dafür vorgesehenen Verfahren (EGVP) einzureichen. Die bayerischen Handels- und Genossenschaftsregister sind über das bayerische Landesportal und ferner über das Registerportal der Länder abrufbar. Über diese Portale wurden 2009 bayerische Registerinformationen jährlich in rd. 2,4 Mio. Fällen abgerufen.

6. **Staatsanwaltschaften**

Sämtliche 22 bayerischen Staatsanwaltschaften und die drei Generalstaatsanwaltschaften sind mit einem umfassenden IT-System ausgestattet, das

nicht nur alle wesentlichen Arbeitsabläufe der Vorgangsbehandlung, sondern über ein modernes leitungsgestütztes Kommunikationsnetz auch das umfangreiche Mitteilungswesen zu den Zentralregistern und den Datenaustausch mit dem Zentralen Staatsanwaltschaftlichen Verfahrensregister (ZStV) und mit der Polizei umfasst.

Nach der Einführung im Jahre 2007 wurde Mitte dieses Jahres die letzte bayerische Staatsanwaltschaft mit der Version 3.0 oder höher der Anwendung web.sta ausgestattet. Die Anwendung wurde durch einen Verbund aus 9 Ländern entwickelt und befand sich bereits in der Vorgängerversion seit mehreren Jahren flächendeckend im Produktiveinsatz. Im Unterschied zu der zuvor eingesetzten Version 2.x wird für den Einsatz mit web.sta 3.0 die neu erstellte Textlösung TV-StA auf Basis des im Verbund mit Baden-Württemberg, Hamburg, Rheinland-Pfalz und Sachsen entwickelten Textsystems forumSTAR-Text verwendet. Über elektronische Verfügungen werden mit diesem Textsystem Staatsanwälte und Rechtspfleger in einem automatischen Workflow in die Betriebsabläufe eingebunden. So können Medienbrüche vermieden werden.

Zusätzlich werden in der Version 3.0 oder höher spezifische Module für Staatsanwälte (z.B. Abwesenheit und Eildienst, Sitzungseinteilung, Berichtskontrolle etc.) und ein Modul zur Freiheitsstrafenvollstreckung bereitgestellt und angebundene Module (insbes. Freiheitsstrafenvollstreckung, Strafzeitberechnung, Geldstrafenvollstreckung) in einem Vollstreckungsmodul zusammengeführt. Die Geldstrafenvollstreckung wurde in web.sta 3.0 auf eine neue technische Basis gestellt.

7. IT-Betrieb

Im Rahmen des Projektes bajTECH 2000 wurden alle für eine IT-Unterstützung in Frage kommenden Justizarbeitsplätze mit moderner, leistungsfähiger, vernetzter PC-Technik ausgestattet. Das Teilprojekt ist umgesetzt und befindet sich in der Betriebsphase. Bei der IT-Ausstattung der Arbeitsplätze wurde Anfang 2008 mit dem Refreshment begonnen.

8. IT-Betreuung

Die Neuorganisation der IT-Betreuung mit einem sog. User-Help-Desk, die IT-Beratungsstelle der bayer. Justiz, kurz IBS, als single Point of Contact war ein

weiteres wichtiges Ziel des Projekts bajTECH 2000.

In der IBS werden Justizbedienstete für die Klärung von Fragen und Problemen eingesetzt, die die Nutzung der Justizprogramme betreffen. Für die Erledigung von Anwenderfragen und Problemen hinsichtlich der Hardware (z.B. PC oder Drucker), System- oder Standardsoftware (z.B. Windows, MS-Word, MS-Outlook) und des Netzes ist ein externer Dienstleister zuständig, der auch die User-Help-Desk-Infrastruktur betreibt. Alle Justizanwender sind an die IT-Beratungsstelle der bayerischen Justiz angeschlossen. Für den Betrieb der IT-Beratungsstelle der bayerischen Justiz wurde ein Fehlermanagement- und Ticketsystem (Action Request) mit integrierter Wissensdatenbank eingeführt, das die zentrale Kommunikationsplattform für alle justizinternen Stellen und externen Firmen bildet, die am Betrieb und an der Betreuung der neuen IT-Technik beteiligt sind. Dadurch wird eine effiziente Problembeseitigung ermöglicht und die IT-Betreuung insgesamt optimiert. Durchschnittlich können 65% aller gemeldeten Probleme innerhalb von 1/2 Stunde und 86% der Fälle innerhalb von 4 Stunden gelöst werden.

Abschnitt III: Projekte (Anwendungen, IT-Betrieb, IT-Betreuung)

1. **Elektronische Kommunikationsplattform**

Zur Umsetzung des Ziels, die in der bayerischen Justiz eingesetzten Fachverfahren auf den Elektronischen Rechtsverkehr vorzubereiten, wurden die vielfältigen Kommunikationsbeziehungen der Gerichte und Staatsanwaltschaften zwischen verschiedenen Justizbehörden als auch mit anderen Behörden, Portalen, Rechtsanwälten und Notaren analysiert. Die Analyse dieser Kommunikationsprozesse in den unterschiedlichsten Verfahrensarten hat ergeben, dass dabei immer wieder gleiche oder sehr ähnliche Kernelemente benötigt werden, die im Sinne einer service-orientierten Architektur (SOA) als eigenständige Dienste (Services) implementiert und dann nach Bedarf zu beliebigen Prozessketten kombiniert werden können. Diese service-orientierte Architektur wurde zwischenzeitlich unter Nutzung von hersteller- und plattformunabhängigen Standard-SOA-Komponenten umgesetzt und mit dem Datenaustausch zwischen den Mahngerichten und den Prozessgerichten im Testbetrieb pilotiert. Ein Einsatz im Echtbetrieb ist im 4. Quartal 2010 geplant.

Der Anwendungsfall des Datenaustauschs im Instanzenzug ist ebenfalls bereits umgesetzt und wird seit Juli 2010 im Echtbetrieb eingesetzt. Somit können sämtliche bei den Eingangsgerichten verwendeten Daten elektronisch bei den Rechtsmittelgerichten weiter verarbeitet werden. Umgekehrt stehen die Daten des Rechtsmittelgerichts auch bei Zurückverweisung zur Verfügung. Die Konzeption und Umsetzung weiterer Anwendungsfälle, wie z. B. der Datenaustausch zwischen den Staatsanwaltschaften und den Gerichten, der Datenaustausch mit den Versorgungsträgern oder der automatisierte elektronische Dokumentenversand erfolgt derzeit. Es ist geplant, diese Anwendungsfälle im Laufe der Jahre 2010 und 2011 umzusetzen. Im Bereich der Staatsanwaltschaften wird derzeit am Feinkonzept für die Kommunikationslösung "web.gate" gearbeitet, welche als vermittelnde Anwendung den Datenaustausch zwischen Fachanwendungen steuert. Hierdurch wird vermieden, in den einzelnen Fachanwendungen Schnittstellen für jeden Kommunikationspartner implementieren zu müssen.

2. Neuentwicklung eines Datenbankgrundbuches

Im Verbund mit allen Ländern wurde die Realisierung eines neuen Datenbankgrundbuches in Angriff genommen, das künftig eine datenbankgestützte Speicherung der Grundbuchdaten und damit z. B. neue bürgerfreundlichere Darstellungsformen des Grundbuches (z.B. aktueller Auszug, grundstücksbezogene Ansicht, Belastungsübersicht), Verbesserungen des Datenaustausches mit anderen Behörden (z.B. den Vermessungsverwaltungen) und die Umsetzung des elektronischen Rechtsverkehrs im Grundbuch (elektronische Antragsstellung, elektronische Grundakte) ermöglichen soll. Derzeit wird ein europaweites Vergabeverfahren durchgeführt, durch das der Dienstleister für die Fertigstellung des Fachfeinkonzepts gewonnen werden soll. Die operative Projektfortsetzung wird bis etwa Mitte 2011 erwartet.

3. Einführung Dokumentenmanagementsystem

Auf der Grundlage eines Ministerratsbeschlusses vom 8. Januar 2008 wurde bei dem Bayerischen Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz das Projekt zur Einführung des Dokumentenmanagementsystems "ELDORA" begonnen. Mit dem Dokumentenmanagementsystem soll primär die "Elektronische Akte" unterstützt werden.

Im Vorfeld soll anhand einer Organisationsanalyse festgestellt werden, in wel-

chen Bereichen und in welchem Umfang eine IT-Unterstützung bei der elektronischen Dokumentenbearbeitung sinnvoll und zweckmäßig ist. Danach wird entschieden, ob das DMS zusammen oder ohne andere EDV-Anwendungen, z.B. Office SharePoint Services, eingesetzt wird.

4. **Elektronische Langzeitspeicherung**

Die weggelegten Vorgänge bezüglich der Ersten und Zweiten Juristischen Staatsprüfung des Landesjustizprüfungsamtes werden künftig während der vorgeschriebenen Aufbewahrungsfrist elektronisch vorgehalten. Die Dokumente sollen in einem ersten Schritt eingescannt und dann auf Serversystemen zum Zwecke der Langzeitspeicherung "archiviert" werden. Mit der Anwendung "DOXIS" werden die Daten recherchierbar. Zum aktuellen Zeitpunkt laufen die Vorbereitungen und Abstimmungen; der Echteinsatz ist ab September 2010 geplant.

5. **Projekte im IT-Betrieb**

a) Infrastruktur-Redesign

Das Infrastruktur-Refreshment und ein damit verbundenes Redesign der Server- und LAN-Infrastruktur wird Ende 2010 umgesetzt sein. Damit werden übergreifende Infrastruktur-Services für die Anwender an zentraler Stelle ergänzt durch standortbasierte Systeme zur Verfügung gestellt. Die zentralen Systeme mit gemeinsam genutzten zentralen Ressourcen können dabei flexibel auf Basis neuer Kapazitätsanforderungen zeitnah angepasst werden und bieten somit eine ideale Ausgangssituation für mittelfristige Planungsaktivitäten.

b) Windows 7 und Office 2010

Ein weiteres wichtiges Projekt bildet die Umstellung aller IT-Arbeitsplätze auf Windows 7 und Office 2010, das bis Mitte 2011 weitgehend durchgeführt sein soll.

6. **Projekte der IT-Betreuung**

Kommunikationstool / Newsticker

Zur Verbesserung der technischen Infrastruktur sowie zur IT-Betreuung trägt die Einführung eines Kommunikations- und Notruftools bei. Zur Anwenderinformation z. B. bei zentralen Störungsfällen sowie zur Umsetzung einer Notruf-Funktionalität wird derzeit ein für diese Zwecke geeignetes Programm an

den Arbeitsplätzen bereit gestellt.

Mit Hilfe dieser Software wird ein Newsticker erzeugt, der dem Anwender am Bildschirmrand angezeigt wird. Damit ist eine sofortige Information möglich, ohne den Anwender, z. B. durch Versand einer E-Mail, in der Arbeit zu unterbrechen. Die Meldung über Newsticker erreicht Anwender auch dann, wenn sie nicht am PC angemeldet sind. Der technische Betriebsdienstleister und die IBS können damit alle IT-Anwender proaktiv und schnell über Störungen des IT-Betriebs informieren.

Das Kommunikationstool ist in das Ticketsystem der Justiz (Action Request) so eingebunden, dass die Nachricht aus einem Action Request-Formular, unter Übergabe der in den Ticketmasken gefüllten Werte als Parameter an das Kommunikationstool versendet werden kann.

Darüber hinaus bietet das System eine Funktion für Alarmmeldungen an alle Mitarbeiter. Mitteilungen können so versandt werden können, dass die Meldung an den PC-Arbeitsplätzen Bildschirm füllend dargestellt wird. Als weitere Funktionalität bietet das Kommunikationstool die Möglichkeit, dass die IT-Anwender der jeweiligen Justizbehörden bei Notfällen intern an bestimmte, bei der Einrichtung des Systems definierte Personen oder Adressen eine Alarmmeldung versenden können. Mit dieser Funktion wird ein Beitrag zur Steigerung der Sicherheit in Justizgebäuden geleistet.

7. **Personalinformationssystem VIVA-PSV**

Zum 1. Juli 2009 wurden die justizspezifischen Personalverwaltungssysteme für das Ministerium und die Gerichte sowie Staatsanwaltschaften durch das bayernweit ressortübergreifende Personalinformationssystem VIVA-PSV auf Basis von SAP HR abgelöst.

II. Justizvollzug

1. **Technisches Konzept**

Im bayerischen Justizvollzug werden überwiegend vernetzte Personalcomputer mit Datenbankzugriff und Kommunikationsrechner eingesetzt. Alle bayerischen Justizvollzugsanstalten und die Bayer. Justizvollzugsschule sind an das

Bayerische Behördennetz angeschlossen.

2. **Ausstattung**

Im bayerischen Justizvollzug sind derzeit mehr als 3.000 Computerarbeitsplätze eingerichtet. Damit sind alle unterstützungsfähigen Arbeitsplätze mit einem Arbeitsplatzrechner versehen.

3. **Eingeführte Verfahren**

In den Justizvollzugsanstalten und der Bayer. Justizvollzugsschule werden folgende IT-Verfahren eingesetzt:

a) **Automation der Vollzugsgeschäftsstelle und Gefangenen-Informationssystem (IT-Vollzug)**

Zentraler Bestandteil des Programms ist eine Datenbank mit Informationen zu den Gefangenen (Stammdaten, Haftdaten, Vollstreckungsdaten, sicherheitsrelevante Informationen) sowie zu dritten Personen (Rechtsbeistände, Verwandte, Bezugspersonen), die allen Bediensteten einer Anstalt zur Verfügung gestellt werden. Über das Modul IT-Vollzug/AuK werden ausgewählte sicherheitsrelevante Merkmale in die örtlichen Alarm- und Kommunikationsanlagen (AuK-Anlagen) übernommen. Eingebunden sind Module zur Unterstützung der Tätigkeiten in unterschiedlichen Dienstposten (z.B. Torwache, Kammer, Besuch).

Die ursprünglich lokal betriebenen Datenbanken des Fachverfahrens wurden für eine konsolidierte Datenhaltung und zur Weiterentwicklung der Verfahrensarchitektur durch die IT-Leitstelle des bayerischen Justizvollzugs zentral zusammengeführt.

b) **IT-Vollzug/Geld und IT-Vollzug/Lohn**

Mit diesen Programmen werden der Arbeitslohn der Gefangenen aufgrund von Rohdaten (Lohngruppe, Arbeitszeiten, Fehlzeiten etc.) errechnet, die Gelder der Gefangenen kassenmäßig verwaltet und die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung ausgewiesen. Die Verfahren sind vollständig in das Leitverfahren „IT-Vollzug“ integriert.

c) **IT-Vollzug/Auftrag und Auftragsbearbeitung und Fakturierung in den Arbeitsverwaltungen (ADV-AB/FAK)**

Das Programm „IT-Vollzug/Auftrag“ dient der Auftragsverwaltung und Abrechnung in den Arbeitsverwaltungen der Justizvollzugsanstalten. Realisiert sind der Bereich der Einnahmen, insbesondere Auftragsverwaltung, Kalkulation und Fakturierung sowie die Einzel- und Jahresabschlüsse. Das Verfahren ist als eigenständiges Modul innerhalb des Leitverfahrens „IT-Vollzug“ konzipiert und löst das veraltete bisherige Verfahren „ADV/AB-FAK“ ab. Die Erprobung im Echteinsatz an drei Anstalten ist abgeschlossen. Die flächendeckende Einführung im Echtbetrieb erfolgt bis Mitte 2011. Betroffen sind etwa 800 Arbeitsplätze.

d) **IT-Vollzug/Jugendarrest“ und „V-Zettchen“**

Das Programm „IT-Vollzug/Jugendarrest“ ermöglicht die umfassende Einbindung aller Arbeitsvorgänge im Bereich der Jugendarrestanstalten und der Geschäftsstelle des Jugendarrestleiters in das Leitverfahren „IT-Vollzug“ und löst das bisherige Verfahren „V-Zettchen“ ab. Die neuen Module werden ab Mitte 2010 in einer Jugendarrestanstalt erprobt und sollen bis Ende 2011 flächendeckend eingeführt werden.

e) **IT-Vollzug/Sozialtherapie**

Das ebenfalls als integriertes Modul innerhalb des Leitverfahrens „IT-Vollzug“ konzipierte Verfahren dient der Unterstützung der Tätigkeit in den Sozialtherapeutischen Anstalten und Abteilungen insbesondere bei der Verlaufsdokumentation in den Therapieakten. Die Verfahrenserprobung ist für Ende 2010 vorgesehen.

f) **IT-Vollzug/Ausbildung**

Das seit dem Jahr 2009 neu in „IT-Vollzug“ integrierte Verfahren unterstützt die Pädagogen in den Justizvollzugsanstalten bei der Planung und Durchführung von Veranstaltungen der schulischen und beruflichen Ausbildung von Gefangenen.

g) **IT-Vollzug/Schule - Unterstützung der Bayer. Justizvollzugsschule Straubing im Bereich der Aus- und Fortbildung (IT-Schule)**

Ein selbst entwickeltes Programm zur Unterstützung der Verwaltung bei

der Durchführung von Aus- und Fortbildungslehrgängen sowie Prüfungen im Justizvollzug ist im Bereich Bayer. Justizvollzugsschule im Einsatz.

h) Zentrale Vollzugsdatei des bayerischen Justizvollzugs (ZVD)

Informationen über Gefangene aus dem Datenbestand des Verfahrens IT-Vollzug werden in einer zentralen Vollzugsdatei zusammengeführt und stehen dort Bediensteten der bayerischen Gerichte, Staatsanwaltschaften und Justizvollzugsanstalten sowie dem Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz in einem abgestuften Umfang für Auskunftszwecke zur Verfügung. Darüber hinaus werden einzelne Daten über Gefangene automatisiert an einen Kopfstellenrechner des Bayerischen Landeskriminalamtes übergeben und dort in das polizeiinterne Informationssystem integriert.

i) Präsentation des bayerischen Justizvollzugs im Internet

Der bayerische Justizvollzug präsentiert sich seit Mai 2003 auf einem eigenen Internet-Portal. Für die Entwicklung, Einrichtung und Pflege dieser Anwendung werden ausschließlich Open-Source-Produkte verwendet.

j) Internetauftritt der Arbeitsbetriebe

Der Internetauftritt der Arbeitsbetriebe der bayerischen Justizvollzugsanstalten wurde inhaltlich und funktionell erheblich erweitert und bietet seit Anfang 2006 umfassende Informationen über die Produktpalette und die Vielfalt der Angebote in den Justizvollzugsanstalten.

k) Personalverwaltungsverfahren "VIVA"

Das zur Unterstützung der Justizvollzugsanstalten als Beschäftigungsbehörden und des Staatsministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz als Ernennungsbehörde eingeführte Personalverwaltungsprogramm "DIAPERS-GX" wurde zum 1. Juli 2009 durch das bayernweit eingesetzte ressortübergreifende Verfahren "VIVA" abgelöst. "VIVA" ist mit der Bezügeabrechnung gekoppelt.

l) Sicherheitsportal des bayerischen Justizvollzugs

Das Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz beabsichtigt die Einrichtung eines elektronischen Sicherheitsportals. Hiermit soll den

Justizvollzugsbediensteten unter Darstellung von Gefahren- und Maßnahmenlagen eine bessere Beurteilung sicherheitsrelevanter Situationen ermöglicht werden. Das Projekt befindet sich derzeit in der konzeptionellen Phase, ein erster Pilotbetrieb wurde im Jahr 2009 aufgesetzt.

m) **BayZeit – Bayerisches Zeitmanagementsystem**

Die Justizvollzugsanstalt München beteiligt sich derzeit an der Erprobung des Teilmoduls „Dienstplanung“ innerhalb des Verfahrens „BayZeit“. Ziel ist einerseits die Mitwirkung bei der Festlegung bayernweit gültiger einheitlicher Standards andererseits die Vorbereitung eines flächendeckenden Einsatzes bei den bayerischen Justizvollzugsanstalten.